

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Brandenburg
Beschluss der 31. Ordentlichen Landesdelegiertenkonferenz
am Samstag, 3. November 2012
im Cultur Congress Centrum, Grabenstraße 14, 14776 Brandenburg a. d. H.

Bedrohung von Natur, Tourismus und Trinkwasser durch den Lausitzer Braunkohlebergbau Einhalt gebieten!

Seit einigen Jahren wird die zunehmende Verockerung der Spree südlich der Talsperre Spremberg und der südlichen Spreewaldzuflüsse beobachtet. Das lebensfeindliche Eisenhydroxid verschlammt die Ufer und die Gewässersohle und vernichtet so die Lebensräume für Flora und Fauna in den Gewässern. Es muss mit nachhaltigen Auswirkungen auf den Naturhaushalt und den Tourismus sowie die Fischerei und die Landnutzung gerechnet werden.

Die Eisenhydroxidfracht stammt aus den Tagebaugebieten in Sachsen und Brandenburg und hat inzwischen mit der Talsperre Spremberg ein nach europäischem Recht geschütztes Flora-Fauna-Habitat (FFH) und Naturschutzgebiet erreicht. Mit dem Spreewald ist hier ein UNESCO-Biosphärenreservat mit FFH-Status bedroht. Darüber hinaus liegt mit der Verockerung der Gewässer ein Verstoß gegen das Verschlechterungsverbot der EU-Wasserrahmenrichtlinie vor.

Wenn dieser Entwicklung nicht Einhalt geboten wird, ist über die Jahre mit der kompletten ökologischen Verödung großer Teile der Spree und des Spreewaldes zu rechnen. Damit würde auch die natürliche Grundlage insbesondere für den Tourismus mit Tausenden von nachhaltigen Arbeitsplätzen im Spreewald wegbrechen.

Ein weiteres Problem besteht in der zusätzlichen Sulfatbelastung der Spree durch die Einleitung von sulfathaltigen Sumpfungswässern aus den laufenden Tagebauen. Der wachsende Sulfatgehalt des Spreewassers bedroht mittlerweile die Trinkwasserversorgung von Berlin, Frankfurt / Oder und Lübbenau und damit eine der zentralen Lebensgrundlagen der Menschen.

Auch eine Belastung der Neiße und der Schwarzen Elster durch zukünftigen Grundwasseranstieg anliegender Tagebaue kann nicht ausgeschlossen werden.

Durch die Genehmigung neuer Tagebaue wird das Problem der Verockerung und der Sulfatanreicherung weiter verschärft werden und dessen Lösung in die Zukunft verschleppt. Ewigkeitskosten werden folgenden Generationen aufgebürdet.

Deshalb fordern Bündnis 90/ Die Grünen Brandenburg von den Landesregierungen in Brandenburg und Sachsen, der Bundesregierung und der Sanierungsgesellschaft LMBV:

Die sofortige Planung, Finanzierung und Errichtung von Reinigungsanlagen für die südlichen Spreewaldzuflüsse.

Schnellstmögliche Umsetzung von Maßnahmen zum Ausschluss von Eisenoxyd- und Sulfateintrag in die brandenburgische Spree, Schwarze Elster und Neiße nach Abschluss der genehmigten Tagebaue.

Schnellstmögliche Planung, Finanzierung und Errichtung von Reinigungsanlagen für die aus Sachsen kommende Spree.

Führt die Fortführung von laufenden Tagebauen zu einer erhöhten Eisenocker- und Sulfatfracht in den Gewässern, muss die Abbauplanung schnellstmöglich entsprechend angepasst oder aber die Genehmigung gänzlich versagt werden.

Der Bergbaubetreiber muss zur Rücklagenbildung für die Ewigkeitskosten gesetzlich verpflichtet werden. Dafür sind die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen.

Der Erhalt der Arbeitsplätze in Landwirtschaft, Fischerei und Tourismus sowie von gesundem Trinkwasser und Lebensräumen entlang von Spree, Neiße und Schwarzer Elster müssen Vorrang vor dem „Immer-weiter-so“ der Kohlepolitik von Bundes- und Landesregierung haben!

Keine neuen Tagebaue!

Begründung:

Um die natürlichen Lebensgrundlagen für die Menschen von der Lausitz bis nach Berlin langfristig zu erhalten, muss der durch die Braunkohle-Tagebaue verursachten Verockerung und Sulfatbelastung von Gewässern in der Lausitz dringend Einhalt geboten werden. Die bereits entstandenen Schädigungen müssen weitestmöglich rückgängig gemacht werden.

Das braune, eisenockerhaltige Wasser war zunächst nur in der Spree südlich Spremberg und in den Oberläufen der Spreewaldzuflüsse zu beobachten. Inzwischen hat es die Talsperre Spremberg und den Oberspreewald erreicht. Insbesondere im Spreewald ist neben den verheerenden ökologischen Folgen für das UNESCO-Biosphärenreservat auch mit einem gravierenden Imageschaden für den Tourismus mit Verlust von tausenden Arbeitsplätzen zu rechnen.

In der Beantwortung einer Kleinen Anfrage (Drucksache 5/4614) der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Frage 5) teilt die Landesregierung mit, „dass das Rückhaltevermögen der Talsperre gegenwärtig ausreichend ist, um die Eisenkonzentrationen soweit zu senken, dass unterhalb der Talsperre keine sichtbaren braunen Verfärbungen der Spree feststellbar sind. (...) Aus hydraulisch-geomorphologischer Sicht stellt der Beginn des Unterspreewaldes den nördlichsten Bereich dar, in dem unter ungünstigsten Umständen Braunfärbungen auftreten könnten.“

Offensichtlich hat die Landesregierung sowohl die Spree einschließlich der Talsperre Spremberg als auch den Oberspreewald und damit bedeutende Teile der Niederlausitz bereits aufgegeben.

Nördlich, also flussabwärts der Talsperre, befinden sich aktive Tagebaue, die ebenfalls in die Spree entwässern. Mit dem künftigen Grundwasseranstieg werden auch hier die direkten Zuflüsse im östlichen Einzugsgebiet des Spreewaldes von der Verockerung bedroht. Bisher sind keine Vorkehrungen getroffen worden, um eine zusätzliche Belastung der Spree auszuschließen.